

## Pressemitteilung

Der ständige Ausschuss der Europäischen Beratungskommission (EWC) von SUEZ traf sich heute (04.09.2007) nach der Bekanntmachung des neuen Fusionsprojekts GdF-SUEZ:

- Der EBR spricht sich gegen das Prinzip der Demontage innerhalb der Gruppe und dem Projekt hinsichtlich der Zurückziehung von 65% der Anteile an der Umweltsparte aus. Der EBR ist absolut beunruhigt durch diese Bekanntgabe und darüber dass dies ein Pakt mit den Hauptanteilseignern sein soll, deren echter Inhalt und die jeweiligen Regeln, die dies steuern, dem EBR so nicht bekannt sind.
- Der EBR bedauert es, dass man alle Informationen hinsichtlich des Projekts der Presse entnehmen musste.
- Als Vertretungsorgan von 153.000 europäischen Beschäftigten fordern wir, dass die Europäische Beratungskommission im Vorfeld über konkrete Entscheidungen, die hinsichtlich des Projekts getroffen werden, ausführlich und genauso wie die Betriebsräte der Holdings, welche nicht mehr als einige Hundert Personen vertreten, informiert wird.

Der EBR merkt an, dass die Platzierung der Umweltbranche auf dem Markt zu neuen Risiken für die 82.000 betroffenen Beschäftigten führt, und dass die Art und Weise des Vorgehens in Bezug auf den Anteilseignerpakt nicht eine solche ist, dass die Arbeitnehmer eine Rolle bei der Führung des Unternehmens spielen.

Der ständige Ausschuss des ECC

## Pressekontakte

### *Frankreich*

Larribaud Bernard +33611781143

Montobbio Yves +33607401968

### *Belgien*

Boulangier José +32475765747

### *Niederlande*

Henk Hummelman +31651196490

Henk Aalbers +31622906856

### *Schweden*

Knut Otter +46708895637

### *Spanien*

Jordi Requena +34626239212

*Europäischer Verband für Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes (EPSU)*

Jan Willem Goudriaan +32475256912